

## Niederschrift

über die 9. Sitzung des Integrationsrates am 10.05.2023  
(11. Wahlperiode)

## Tagesordnung

Seite

<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	3
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	3
<b>2 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0644/2023</b> .....	3
<b>3 Vorbereitungen Interkulturelle Woche</b> .....	3
<b>4 Rundgang 1700 Jahre jüdisches Leben</b> .....	4
<b>5 Nächste Sitzung</b> .....	4
<b>6 Verschiedenes</b> .....	4

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: Uhr

Anwesend:

**Mitglieder**

Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Christof Behlen	Sachkundiger Bürger
Frau Ulrike Boldt	Ratsmitglied
Herr Dario Dammer	Ratsmitglied
Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Frau Najiba Koochi-Richtmann	Integrationsrat
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied

**von der Verwaltung**

Herr Peter Annacker	Vertreter der Stadt
---------------------	---------------------

**Schriftführerin**

Frau Stefanie Mertens

es fehlen:

**Vorsitzender**

Herr Marc Möhr	Integrationsrat
----------------	-----------------

**Mitglieder**

Frau Nicole Joliet-Heising	Ratsmitglied
Herr Noah Mihan-Nejad	Sachkundiger Bürger
Frau Sarah Winter	Ratsmitglied

**von der Verwaltung**

Frau Michaela Kümmel	Fachbereich 22
----------------------	----------------

**stellv. Schriftführerin**

Frau Anja Flintrop	Fachbereich 2
--------------------	---------------

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Frau Koochi-Richtmann begrüßt die Anwesenden und entschuldigt den Vorsitzenden, Herrn Möhr, der beruflich verhindert ist.

Zur Einwohnerfragestunde sind keine Einwohner erschienen.

### **2 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0644/2023**

Herr Annacker fasst kurz die Informationsvorlage zusammen. Die Flüchtlingsunterkünfte sind weitestgehend belegt. Auf Nachfrage von Herrn Focken wie die finanzielle Situation und die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist, antwortet Herr Annacker, dass Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Momentan werden geeignete Standorte für Modulbauten geprüft, um zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Durch den Betrieb der Turnhalle (Stettiner Straße) konnte die Lage zu Beginn dieses Jahres etwas entspannt werden. Frau Mertens berichtet, dass es momentan viele Vermietungen gibt und sich vereinzelt Vermieter in der Dienststelle melden, die eine Wohnung an Geflüchtete vermieten möchten. In Zusammenarbeit mit der GWG Kreis Viersen AG konnten weitere Wohnungen an Geflüchtete vermietet werden.

Herr Gabernig bittet zu berücksichtigen, dass mehr Modulbauten am Hülsenbuschweg die ohnehin angespannte Situation im Stadtteil weiter belasten würde.

Herr Focken fragt, wie die sozialpädagogische Betreuung geregelt ist, nachdem die Diakonie die Flüchtlingsunterkünfte Am Heidbergdamm und Hülsenbuschweg nicht mehr betreut. Herr Annacker informiert darüber, dass es Gespräche mit der Caritas Sozialdienste GmbH Rhein-Kreis Neuss geben wird. Momentan wird die Vakanz durch ehrenamtliche Beratung sowie der Beratung in der Dienststelle durch Frau Mertens aufgefangen. Herr Dammer erkundigt sich nach den ukrainischen Flüchtlingen, die noch in privaten Haushalten untergebracht sind. Frau Mertens antwortet, dass es noch immer nur vereinzelt Anfragen gibt, um die Menschen anderweitig unterzubringen. Die Situation ist noch immer stabil.

Um die Quote bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu erfüllen, müssen voraussichtlich noch 3 weitere unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aufgenommen werden. Da es in Meerbusch keine eigenen Einrichtungen gibt, werden die Jugendlichen in Wohnungen eines Krefelder Kooperationspartners sowie vereinzelt in Einrichtungen untergebracht.

Herr Mocka erkundigt sich nach dem Vorfall in der Flüchtlingsunterkunft Am Heidbergdamm von verganginem Montag. Herr Annacker berichtet, dass der Täter in der Flüchtlingsunterkunft gewohnt hat, das Opfer dort zu Besuch war. Der Sicherheitsdienst hat die Polizei und den Notruf verständigt. Das Opfer ist außer Lebensgefahr, der Täter noch immer flüchtig. Die Polizei hat eine andauernde Gefahr für die Flüchtlingsunterkunft ausgeschlossen.

### **3 Vorbereitungen Interkulturelle Woche**

Die Vorbereitungen für die Interkulturelle Woche sind bereits angelaufen. Die meisten Akteure wurden angeschrieben und eingeladen, sich an dem Programm zu beteiligen. Der Bürgermeister hat die Schirmherrschaft übernommen und zugesagt, auf der Eröffnungsfeier zu sprechen. Für die Abschlussfeier wurde die Integrationsband „You shall Rise“ angefragt und plant wieder einen Instrumentenworkshop für Kinder und ein Konzert anzubieten. Zusätzlich möchte die Band ihr Projekt eines Schulbaus in Togo vorstellen und sammelt Spenden dafür.

Der Integrationsrat möchte sich auch mit einer Veranstaltung an der Interkulturellen Woche beteiligen. Frau Mertens schlägt vor, die Möglichkeit zu prüfen, einen Kinoabend anzubieten. Herr Focken schlägt vor als Alternative die Plakatwand der Meerbuscher Initiative „Künstler gegen Ausländerfeindlichkeit“ sowie den davor in den Boden eingelassenen Engel der Kulturen für eine Aktion nutzen kann.

#### **4 Rundgang 1700 Jahre jüdisches Leben**

Der Rundgang wird am Samstag, 17.06.2023, ab 11.00 Uhr stattfinden. Um Ziele in verschiedenen Ortsteilen zu erreichen, wird der Rundgang mit dem Fahrrad durchgeführt. Der Treffpunkt wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Der Heimatkreis Lank-Latum e.V. fürchtet, dass es Überschneidungen mit ihrem Programm gibt. Dort sind für dieses Jahr ein Rundgang geplant, Stolpersteine sollen an markanten Stellen initiiert werden sowie ein kleines Buch über jüdisches Leben in Lank-Latum erscheinen.

Dies wird zur Kenntnis genommen, jedoch handelt es sich bei der in Auftrag gegebenen Ausarbeitung von Herrn Kunze um einen Rundgang mit Orten in ganz Meerbusch, wohingegen sich das Wirken des Heimatkreis Lank-Latum e.V. lediglich auf Orte in Lank-Latum beschränkt.

Zu dem geplanten Rundgang sollen die Ratsfraktionen, die Schulleiter der weiterführenden Schulen, die VHS-Leitung, Vertreter/innen der jüdischen Gemeinde Krefeld, der katholischen und evangelischen Kirchengemeinden sowie die Presse eingeladen werden.

#### **5 Nächste Sitzung**

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 05.09.2023 statt.

#### **6 Verschiedenes**

Fr. Dr. Pascher-Kirsch stellt sich als neue Leitung des Fachdienstes für Migration und Integration der Caritas Sozialdienste vor. Die Angebote beinhalten Integrationskurse, sozialpädagogische Betreuung und Beratung sowie die Rückkehr- und Perspektivberatung. Zudem betreibt der Fachdienst eine Integrationsagentur und beschäftigt einen Integrationsbeauftragten, der Projekte für und mit Ehrenamtlichen im ganzen Rhein-Kreis Neuss realisiert.

Die sozialpädagogische Betreuung und Beratung findet in Neuss, aber auch in den kreisangehörigen Kommunen statt. In Meerbusch haben wir Beratungsangebote in den Flüchtlingsunterkünften Cranachstraße und Fröbelstraße installiert.

Frau Mertens informiert über das neue Chancenaufenthaltsrecht gem. § 104c AufenthG.

Langjährig geduldete Ausländer sollen künftig mehr Chancen zum Erhalt eines Bleiberechts in Deutschland erhalten. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung eines sogenannten Chancen-Aufenthaltsrechts verabschiedete der Bundestag am Freitag, 2. Dezember 2022, in modifizierter Fassung.

Das 18-monatige Chancen-Aufenthaltsrecht sollen Menschen erhalten, die am 31. Oktober 2022 seit fünf Jahren geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland gelebt haben. Ihnen soll damit ermöglicht werden, die Voraussetzungen für ein Bleiberecht in Deutschland zu erfüllen. Dazu zählen insbesondere die Sicherung des Lebensunterhalts, Kenntnisse der deutschen Sprache und der Identitätsnachweis.

Profitieren sollen davon nur Ausländer, die sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen. Straftäter sollen vom Chancen-Aufenthaltsrecht grundsätzlich ausgeschlossen bleiben, ebenso Personen, die ihre Abschiebung aufgrund von wiederholten, vorsätzlichen und eigenen Falschangaben oder aktiver Identitätstäuschung verhindern. Sofern die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der 18-monatigen Aufenthaltsdauer nicht erfüllt sind, sollen die Betroffenen in den Status der Duldung zurückfallen.

Ferner sieht das Gesetz vor, bestehende Bleiberechtsregelungen so anzupassen, dass mehr Menschen davon profitieren können. Danach sollen gut integrierte Jugendliche und junge Volljährige nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland sowie bis zum 27. Lebensjahr die Möglichkeit für ein Bleiberecht bekommen. Besondere Integrationsleistungen von Geduldeten sollen gewürdigt werden, indem ihnen künftig nach sechs Jahren – oder schon nach vier Jahren bei Zusammenleben mit minderjährigen Kindern – ein Bleiberecht eröffnet wird. Die Voraufenthaltszeiten werden damit um jeweils zwei Jahre reduziert.

Meerbusch, den 15. Mai 2023

---

Vorsitzender

---

Stefanie Mertens  
Schriftführer/in